

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 0 2531 NR. 219 / PREIS 2,50 €
MITTWOCH, 13. NOVEMBER 2013

Dax 9076.48 -0.34%	E-Stoxx 50 3034.68 -0.59%	Dow Jones 15750.67 -0.21%	S&P 500 1767.69 -0.24%	Euro/Dollar 1.3435\$ +0.21%	Euro/Yen 133.89¥ +0.71%	Brentöl 105.92\$ -0.09%	Gold 1268.72\$ -1.10%	Bund 10J. 1.789% +0.035PP	US Staat 2.770% +0.022PP
---------------------------------	--	--	---	--	--------------------------------------	--------------------------------------	------------------------------------	--	---------------------------------------

Stand: 22h15

Diener zweier Herren

Ein geheimes System von Zuträgern und Zuwendungen: Jahr für Jahr zahlt die Debeka-Versicherung Millionen Euro an deutsche Beamte. Sie liefern dafür Namen, Adressen und persönliche Daten ihrer Kollegen. Das Handelsblatt deckt ein Netzwerk auf.

S. Iwersen, O. Demircan, T. Sigmund
Düsseldorf, Frankfurt, Berlin

Sie nennen sich „VM“, „Vertrauensmitarbeiter“. Lehrer, Polizisten, Finanzbeamte - überall in Deutschland gehen sie scheinbar ganz normal ihrem Beruf nach. Sie unterrichten, ermitteln, verwalten. Doch die mindestens 10 000 „VM“ haben noch eine Nebentätigkeit, die sie ausüben, ohne die Lehrzimmer und Dienststuben zu verlassen: Sie vermitteln gegen Provision Kranken- oder Lebensversicherungen an Kollegen. Ein ganzes Heer von Beamten hat quasi einen zweiten Dienstherrn: die Debeka in Koblenz.

Dem Handelsblatt liegen interne Unterlagen von Deutschlands größtem Privatversicherer vor: Musterverträge, Vergütungsvereinbarungen, Zielvorgaben für Außendienstmitarbeiter. Sie zeigen ein System, das wohl ganz darauf ausgerichtet ist, das deutsche Beamtentum mit Informanten zu durchsetzen. Das bringt den Vertrieb in Schwung.

Die Hilfe der Staatsdiener lässt sich die Debeka einiges kosten, erzählen gut informierte Insider: Ein bloßer Tipp, dass es an der Schule einen noch nicht versicherten neuen Referendar gibt, bringt 50 Euro. Die Vermittlung einer Krankenversicherung wird mit mindestens 150 Euro honoriert. Und entschließt sich der junge Kollege gar, bei der Debeka ei-

ne Lebensversicherung zu unterzeichnen, können 600 Euro und mehr für den Vertrauensmitarbeiter herauspringen. Selbst nach sehr konservativen Schätzungen flossen so über die Jahre wohl weit mehr als 100 Millionen Euro vom Versicherungskonzern an die Beamten.

Juristen üben an diesem System scharfe Kritik: „Die gewerbsmäßige Namhaftmachung von Beamtenanwärtern an Dritte ist - unabhängig von einem Verstoß gegen das Bundesdatenschutzgesetz - von vornherein nicht genehmigungsfähig“, sagt der Fachanwalt Johannes Bender. Er verweist auf einschlägige Urteile. So wertete das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz im Dezember 2005 die Nebentätigkeit eines Beamten für eine Versicherung als „erheblichen Verstoß gegen das Gebot zur vollen Hingabe an den Beruf“.

Die Interessenvertreter der Beam-

ten sind alarmiert, seit das Handelsblatt Anfang November aufgedeckt hat, dass Staatsdiener persönliche Daten junger Kollegen an den Debeka-Vertrieb verkauften. „Es ist nicht schön für mich als Gewerkschaftschef, so etwas sagen zu müssen. Aber wenn es strafrechtliche Verstöße von Beamten gegeben hat, dann müssen die auch geahndet werden“, sagt Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, dem Handelsblatt. Er sieht das „gesamte Geschäftsmodell der Versicherung infrage gestellt“. Die Staatsanwalt-

schaft hat inzwischen Ermittlungen aufgenommen.

Die Debeka selbst sagt nichts zu Zahl und Bezahlung ihrer vielen Vertrauensmitarbeiter und Tipgeber (internes

Kürzel: „TG“). Fest steht: Die besten Informanten - der

„Club der Top-VM“ - wurden einmal im Jahr vom Konzernvorstand zu einer Reise eingeladen.

„Bei den Clubveranstaltungen erhalten alle Teilnehmer ein Geldpräsent in Höhe von 200 Euro netto überreicht“, heißt es in einem Vorstandsschreiben. Und: „Darüber hinaus stellen wir für die drei besten VM jeder Geschäftsstelle eine Sonderprämie der Hauptverwaltung zur Verfügung.“ Leistungsanreize für die Diener zweier Herren.

Die Debeka-Affäre Seiten 4, 5



Belgien 3,00 € Frankreich 3,50 € Großbritannien 3,10 GBP
Luxemburg 3,00 € Niederlande 3,00 € Österreich 3,00 €
Polen 18,80 PLN Schweiz 5,10 CHF Slowakei 2,90 €
Tschechien 115,00 CSK Ungarn 950,00 FT

Monatsabonnements:
Handelsblatt Print: 52,90 Euro
Handelsblatt Print + Live App: 62,89 Euro

Handelsblatt GmbH Abonnement-Service
Tel. 0800-0002053 (Gebührenfrei innerhalb
Deutschland), Fax 0211 887 3605,
hbaboservice@vhb.de

3 0 0 4 6
4 190253 102500

Handelsblatt

Weise warnen vor Reformrückschritt

Trotz Wirtschaftswachstum kein Spielraum für neue Staatsausgaben.

Die Warnung der Wirtschaftsweisen an Union und SPD ist deutlich: Für überzogene Regulierung und ausufernde Staatsausgaben gebe es keinen größeren Verteilungsspielraum - obwohl die Wirtschaft gerade ordentlich wachse. Das erfuhren das Handelsblatt am Dienstag aus dem Umfeld des Sachverständigenrats. Das Gutachten trägt den Titel „Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik“ und soll Bundeskanzlerin Merkel an diesem Mittwoch überreicht werden.

Die derzeit in den Koalitionsverhandlungen diskutierten wirtschaftspoliti-

schen Maßnahmen drohen die Reformfortschritte der vergangenen Jahre zunichtezumachen, befürchtet das Gremium. Beispiel: Mietpreisbremse. Für die Wirtschaftsweisen eine Regelung, die ein gewünschtes Marktergebnis gesetzlich erzwingen soll. Gleiches gelte für wachstumsfeindliche Maßnahmen wie den Mindestlohn.

Trotz Bedenken gegen die Zwischenergebnisse der Koalitionsverhandlungen: Die fünf Weisen erwarten, dass es mit Deutschland nachhaltig bergauf geht. Im nächsten Jahr soll die Wirtschaft um 1,6

Prozent wachsen, nach mäßigen 0,4 Prozent in diesem Jahr. Besonders die Binnenwirtschaft und steigende Konsumausgaben werden nach Ansicht des Sachverständigenrats der Wirtschaft auf die Sprünge helfen. Damit steige auch die Beschäftigung auf immer neue Höchststände. Nächstes Jahr werde die Erwerbstätigkeit auf 42,1 Millionen Beschäftigte anwachsen. Die Zahl der Arbeitslosen verharre auch 2014 knapp unter der Drei-Millionen-Grenze. Thomas Sigmund

Mahnung der Wirtschaftsweisen Seite 7

THEMEN DES TAGES

Infinus-Anleger müssen zittern

Nach der Razzia bei der Dresdener Firmengruppe bangen 25 000 Kunden um 400 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Finanzdienstleister wegen Anlagebetrug. Das Handelsblatt hat mit Infinus-Insidern gesprochen und die Bilanzen mit Hilfe von Experten ausgewertet. Zutage kommen dubiose Versicherungsdeals. Ein gewaltiges Provisionskarussell, das wohl immer nach dem gleichen Prinzip funktioniert: Aus Provisionen werden Umsätze, aus Kosten von Tochterfirmen Gewinne der Mutter. Seite 26

Spanien schafft es wieder allein

Die Euro-Finanzminister werden erstmals seit Ausbruch der Schuldenkrise vor drei Jahren wieder einen Krisenstaat in die finanzielle Selbstständigkeit entlassen: Das Hilfsprogramm für Spaniens Banken wird eingestellt. Seite 6

Angriff auf die Vodafone-Kasse

Die Hinweise verdichten sich, dass sich der zweitgrößte US-Telekommunikationskonzern AT&T auf einen Kauf des britischen Mobilfunkkonzerns im nächsten Jahr vorbereitet. AT&T hat es auf die hohen Barreserven Vodafones abgesehen. Seite 16

Neuer Streit um Privilegien der Post

Mehrere Paketdienste laufen Sturm gegen die politisch gewünschten Sonderrechte für die Deutsche Post. Sie fordern eine Liberalisierung des Marktes. Marktführer Post weist die Vorwürfe der Konkurrenten zurück. Seite 20

blue design/Photo12 [M]

Die Tagesfrage

Welche ist die jüngste Stadt Deutschlands?

Die Antwort auf Seite 6

Präsentiert von GE

- ▶ Vertrieb spannt den Beamtenapparat ein.
- ▶ Mehr als 10 000 „Vertrauensmitarbeiter“ nehmen Geld an.
- ▶ Vorgesetzte fordern dazu auf, bei Debeka zu unterschreiben.

Diener zweier Herren

Fortsetzung von Seite 1

Einmal in der Woche verwandelt sich das Lehrerzimmer in einen Debeka-Raum. Eine Kleinstadt in Rheinland-Pfalz, ein ganz normales Gymnasium. Der Mathematiklehrer packte seine Butterbrote aus, die Deutschlehrerin verzweifelte an einem chaotischen Aufsatz aus Klasse zehn. Und wie immer in der großen Pause vor dem Wochenende saßen die Lehrerinnen und Lehrer dichter gedrängt an ihren Tischen als sonst. Denn der Schulleiter hatte das zweite Lehrerzimmer allein für eine ihm vertraute Geschäftspartnerin reserviert: die Debeka-Vertreterin.

„Die beiden waren ein sehr eingespieltes Team“, erzählt ein Lehrerkollege, der die Schule vor wenigen Jahren verließ. Die Debeka-Mitarbeiterin habe im Lehrerzimmer ihre Beratung durchgeführt und Verträge geschrieben, der Schulleiter seine Prämien kassiert. „Wenn ein junger Referendar an die Schule kam, hat der Rektor ihn direkt nach der Begrüßung über die Vorzüge der Debeka aufgeklärt“, berichtet der Lehrer.

So funktioniert es, das System Debeka. Die größte und erfolgreichste private Krankenversicherung Deutschlands basiert auf einem Programm, das beinahe wirkt wie die Unterwanderung des deutschen Staatsapparats mit einem Heer von Doppelagenten: Beamte und Versicherungshelfer in einer Person. Mehr als zehntausend Lehrer, Polizisten und andere Staatsdiener verdienen sich als sogenannte Vertrauensmitarbeiter (VM) der Debeka ein Zubrot. Manche nur unregelmäßig ein paar Hundert Euro, andere Jahr für Jahr viele Tausend Euro. Das System ist flächendeckend und wird seit Jahrzehnten verfeinert. In „Jahresaufträgen zur VM-Suche“ werden Vertreter angewiesen, genau aufzuschreiben, welche Vertrauensmitarbeiter sie in welcher Dienststelle geworben haben. Um die Mannschaft anzuspornen, ruft der Vorstand jährlich Wettbewerbe aus. Der aktuelle heißt: „Wettbewerbsgeneration Wachstum“.

Eines der Wettbewerbsziele ist die Anwerbung von „vier VM mit jeweils mindestens 100 Punkten und mindestens 200 Euro Betreuungsgewütungen. Die VM-Komponente für Einsteiger, Lehrlinge und Organisationsleiter entnehmen Sie bitte den entsprechenden Prämienblättern“, heißt es in der Ausschreibung. „Bei Erfüllung eines Jahreszieles werden je nach VM-Komponente Prämien bis zu 1900 Euro (Bezirksbeauftragter) bzw. 2 600 Euro (Organisationsleiter) fällig.“

Auch die oberste Führungsspitze kümmert sich um das VM-Geschäft. Aus einem Vorstandsschreiben

vom Januar dieses Jahres: „Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter, auch in diesem Jahr wollen wir wieder besonders erfolgreiche VM mit unserem ‚VM-Wettbewerb 2013‘ prämiieren. Die 30 Spitzen-VM des Jahres 2013 erhalten eine Einladung für zwei Personen.“ Voraussetzung für die Aufnahme im „Club der Top-VM“: die Vermittlung von zehn Krankenversicherungen, zehn Lebensversicherungen, zehn Unfallversicherungen, zehn Sachversicherungen, zehn Kfz-Versicherungen und zehn Bausparverträgen.

Die Angeschriebenen legen sich kräftig ins Zeug. „Sehr geehrter Herr ...“, in Kürze beginnen Sie eine Ausbildung beim Finanzamt S. „“, beginnt ein Brief, der beispielhaft für viele andere steht. „Ich möchte mich deshalb auf diesem Wege bei Ihnen vorstellen. Neben meiner Tätigkeit als Sachbearbeiter der Rechtsbehelfsstelle beim Finanzamt S. bin ich noch als Vertrauensmann für die Debeka tätig.“

Nach dieser Vorrede beginnt der Vertrauensmann, die Bedeutung einer Krankenversicherung im Allgemeinen und die Vorzüge der Debeka im Besonderen zu erläutern. Sein Resümee: „Diesen Service kann Ihnen nur die Debeka bieten!“ Das Anschreiben endet mit dem Versprechen: „Ich werde mich bei Ihnen zwecks Vereinbarung eines Beratungsgesprächs mit Ihnen und Ihren Eltern melden. Es ist wichtig, frühzeitig abgesichert zu sein!“

Eine solche Werbeattacke eines deutschen Staatsbediensteten auf Kollegen sorgt bei Juristen für Unverständnis. „Das Beamtenrecht ist in der Frage der Nebenverdienste relativ klar“, sagt der auf Arbeits- und Wirtschaftsrecht spezialisierte Düsseldorfer Rechtsanwalt Johannes Bender. „Konkret gesagt: Die Nebenverdienste, die durch die Vermittlung von Personaldaten gespeist werden, kann eine Behörde gar nicht genehmigen.“

Bender verweist exemplarisch auf Paragraph 49 des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen. Danach gibt es eine ganze Reihe von Gründen, warum ein Beamter nicht als Werbebotschafter für Versicherungen aktiv werden darf. Im Gesetzesdeutsch: „Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Nebentätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigen kann. Ein solcher Versagungsgrund liegt insbesondere vor, wenn die Nebentätigkeit

- den Beamten in Widerstreit mit seinen dienstlichen Pflichten bringen kann,
- die Unparteilichkeit oder die Unbefangenheit des Beamten beeinflussen kann,
- dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung abträglich sein kann.“

Jedem, der die Praxis der Debeka-Vertrauensmitarbeiter kennt, müsste damit ihre juristische Fragwürdigkeit klar sein. Denn genau das, was der Gesetzgeber als Ausschlusskriterium für eine Nebentätigkeit vorsieht, geschieht: Die Lehrer, Polizisten und Finanzbeamte nutzen ihre Arbeitszeit nicht ausschließlich für die Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten, sondern



BRIEFKASTEN FÜR DOKUMENTE

Das Handelsblatt bemüht sich um vollständige Aufklärung der Debeka-Affäre. Hinweise und Unterlagen können zu diesem Zweck in einem anonymen Briefkasten eingereicht werden. Sie erreichen ihn unter: <https://handelsblatt-recherche.com>

Bitte beachten Sie, dass die Sendungen verschlüsselt werden und nicht rückverfolgbar sind. Falls Sie eine Kontaktaufnahme wünschen, schicken Sie bitte eine Nummer oder Mail-Adresse mit. Sollten Sie Kenntnis von ähnlichen Vorkommnissen bei anderen Versicherungen haben, können Sie uns auch hierzu Unterlagen zukommen lassen.



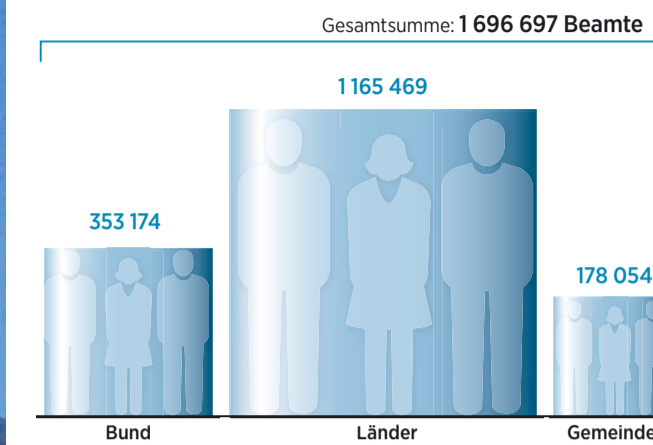
„beraten“ ihre Kollegen, welche Versicherung für sie die beste wäre - nämlich die, an der sie selbst eine Provision verdienen. Oft wird zu diesem Zweck sogar ein eigenes Zimmer im Dienstgebäude hergerichtet. Der Vertrauensmann, nicht selten ein Beamter in Vorgesetztenposition, nimmt die jungen Kollegen dann an die Hand und führt sie direkt zu seinem Geschäftspartner - dem Debeka-Vertreter.

Juristen wie der Düsseldorfer Rechtsanwalt Bender können sich das Verhalten der Debeka nicht erklären. „Die Vereinbarungen der Debeka mit ihren Vertrauensmitarbeitern wurden auf Ebene der zentralen Rechts- und Compliance-Abteilung des Unternehmens erstellt“, sagt der Anwalt. „Es sollte dort bekannt gewesen sein, dass ein solches Anzapfen von Beamten einer Aufforderung zu einem Dienstvergehen gleichkommt.“

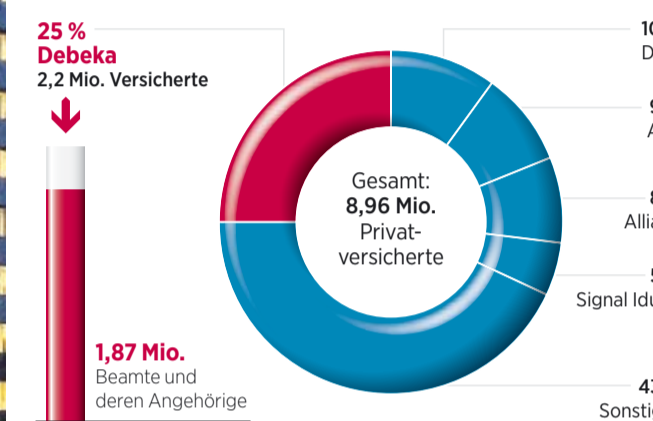
Doch die Rechts- und Compliance-Abteilung der Debeka hat offenbar ihre eigene Einstellung zu Vorfällen dieser Art. So wurde eine Debeka-Führungskraft in Baden-Württemberg im Juli 2010 vom Amtsgericht Tübingen zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, weil sie jahrelang Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Tübingen bestach. Der Beamte lieferte im Gegenzug Personaldaten von Lehramtsanwärtern. Der Beamte, ebenfalls verurteilt, wurde aus dem öffentlichen Dienst ent-

Beamte als Schlüssel zum Erfolg

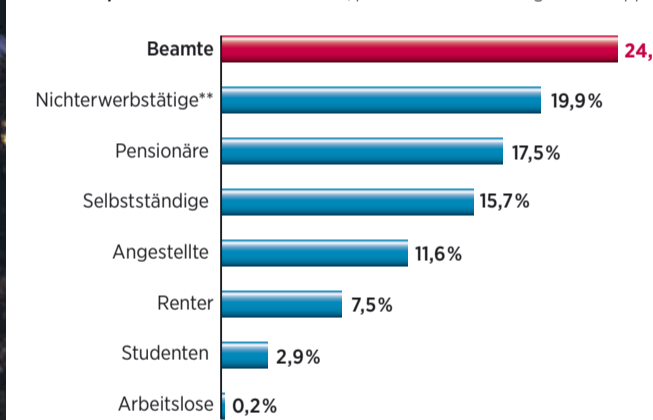
Zahl der Beamten im öffentlichen Dienst



Marktanteile der größten Privatversicherer im PKV-Verband nach Zahl der versicherten Personen



Kunden privater Krankenversicherer, prozentuale Verteilung nach Gruppen



*38 weitere PKV-Unternehmen im PKV-Verband, **z.B. Kinder
Quellen: PKV-Verband, ddb Beamtensbund und Tarifunion 2012

RAINER WENDT

„Da tun sich Abgründe auf“

Für Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, stellt der Debeka-Skandal das gesamte Geschäftsmodell des Versicherers infrage.

Die Debeka hat sich über sogenannte Vertrauensleute die Adressen von Beamtenanwärtern besorgt, um diese als Kunden zu gewinnen. Ist das in Ordnung? Das geht überhaupt nicht. Wenn dahinter sogar ein System mit Tausenden von Zuträgern steht, würde das gesamte Geschäftsmodell der Versicherung infrage gestellt.

Was stört Sie konkret?

Bevor die jungen Leuten ihren ersten Tag im Dienst antreten, bekommen sie schon Besuch von Versicherungsvertretern, die ihnen etwas verkaufen wollen. Für die Beamtenanwärter gilt der Datenschutz - und das nicht erst seit 2013.

Warum sind angehende Beamte so interessant für die Versicherungen?

Der Risikoausfall ist gering. Selbst wenn bei einem Beamten im Privatleben Katastrophen eintreten, der Job ist immer sicher. Das Gehalt läuft immer weiter, und die Versicherung kann sicher ihre Prämien einstreichen. Wer hätte nicht gern solche Kunden! Ich wurde selbst schon mehrfach von Versicherungen nach Adressen gefragt. Aber eher würde sich ein ehrbarer Beamter die Hand abhacken, als dass er Adressen verscherbeln würde.

Im Fall der Debeka haben das aber nicht wenige Beamte anders gesehen.

Deshalb soll die Staatsanwaltschaft jetzt auch ihren Dienst tun und ermitteln. Es ist nicht schön für mich als Gewerkschaftschef, so etwas sagen zu müssen. Aber wenn es strafrechtliche Verstöße von Beamten gegeben hat, dann müssen die auch geahndet werden.

Was halten Sie davon, dass Beamte mit Topumsätzen einen eigenen Klub bekommen und zu Reisen eingeladen wurden? Da tun sich Abgründe auf. Man kann nur hoffen, dass diese Reisen nicht in Budapest-Thermen gegangen sind.

Wer in den Behörden könnte denn Daten weitergegeben haben?

Das kann ich für den konkreten Fall Debeka nicht sagen. Aber grundsätzlich liegen die Daten der Beamtenanwärter anfangs nur bei den Personalverwaltungen. Alle anderen Stellen haben darauf keinen Zugriff.

Ihre Gewerkschaft vermittelt auch Versicherungsverträge für die Neuzugänge? Ja, aber mit einem entscheidenden Unterschied. Wir bieten für jeden einsehbar über das DBB-Versorgungswerk die günstigsten Versicherungen an, unter denen der Beamte dann auswählen kann. Zudem erhält er noch Rabatt. Hier wird nicht gemauschelt.

Die Fragen stellte Thomas Sigmund.



Rainer Wendt: „Eher würde sich ein ehrbarer Beamter die Hand abhacken, als dass er Adressen verscherbeln würde.“



Die Vereinbarungen der Debeka mit ihren Vertrauensleuten wurden auf Ebene der zentralen Rechts- und Compliance-Abteilung erstellt. Es sollte dort bekannt gewesen sein, dass ein solches Anzapfen von Beamten einer Aufforderung zu einem Dienstvergehen gleichkommt.

Johannes Bender, Fachanwalt für Arbeitsrecht



Uwe Laue: Der Debeka-Chef kümmerte sich um das Geschäft mit den Vertrauensleuten.